

27. Juli 2011

Pressemitteilung

Petition zum Flächennutzungsplan wurde im Ausschuss behandelt

Weil die neuen Zahlen des Statistischen Landesverbandes zur Bevölkerungsentwicklung im Flächennutzungsplan des Gemeinderverwaltungsverbandes Müllheim-Badenweiler nicht berücksichtigt wurden, hatte sich der Ortsverband Müllheim-Neuenburg und Umgebung von Bündnis 90/ Die Grünen an den Petitionsausschuss gewandt. Dieser hatte nun über diese und weitere Eingaben der AGUS Markgräflerland e. V. und der AG Flächennutzungsplan beraten.

Laut dem Bericht des Petitionsausschusses liegt es in der Natur der Sache, dass Änderungen der Datenbasis in Kauf genommen werden müssen, soweit es sich um überschaubare Zeiträume und begrenzte Änderungen handelt. Bei gewichtigen Änderungen, und als solche wird die Korrektur der Entwicklung der Bevölkerung offensichtlich gewertet, sei zu fordern, dass die Planung überprüft werde. Ein Zwang zu aufwändiger Neuplanung könne daraus aber nicht ohne weiteres abgeleitet werden. Die getroffene Abwägung zwischen den Nachteilen einer Neuplanung und den Belangen durch die neuen Gesichtspunkte wurde zwar als ausreichend anerkannt, aber gleichzeitig festgestellt, dass die neuen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung beim Erstellen der Bebauungspläne berücksichtigt werden müssen. Auch die Aufsichtsbehörden müssten dann deutlich Stellung nehmen.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hatte im Februar 2010 die Prognose für die Bevölkerungsentwicklung für die Stadt Müllheim bis zum Jahre 2023 um etwa 1000 Einwohner reduziert. Daraus resultiert ein um ca. 13 ha niedrigerer Wohnflächenbedarf. Da die neuen Prognosezahlen nicht mehr in den Flächennutzungsplan eingearbeitet wurden, sind etwa 13 ha Wohnbaufläche zu viel ausgewiesen. Dies entspricht in etwa den umstrittenen Flächen Mü1 an der L131 und Riedboden. Die Mehrheit des Gemeinderates hatte damals entschieden, die Änderungen nicht mehr in den Flächennutzungsplan einzuarbeiten.